

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Rieser,
Bernauer Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt,
Dresden 1580,
Girokonto:
Rieser Nr. 52.

Nr. 74.

Dienstag, 28. März 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis- und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschreibzeile (6 Spalten) 25 Halb-Pennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Halb-Pennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtung! Unterhaltungsbeiträge, „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Rieser.

Genfer Abrüstungs-Konferenz vertagt.

Der deutsche Standpunkt zum englischen Abrüstungs-Plan. — Rede des deutschen Vertreters Nadolny.

Prinzessin Mathilde von Sachsen gestorben.

Aufsehen erregende Vorgänge in Braunschweig.

Natural-Notstandsaktion läuft ab 1. April.

Abbruch der Hauptausrede über den englischen Abrüstungsplan.

Der Hauptausbruch der Abrüstungskonferenz hat nach Abschluß der allgemeinen Aussprache bis zum 25. April vertagt.

Mit 42 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, in der gefordert wird, daß der britische Konventionentwurf die Grundlage für die kommenden Einzelberatungen des Hauptauschusses sein wird. Zu dem materiellen Inhalt der Resolution, in der auch auf die Resolution des Hauptauschusses vom 23. Juli vorigen Jahres Bezug genommen wird, gaben die Vertreter Russlands, Deutschlands, Italiens, Ungarns und Oesterreichs kurze Erklärungen ab, in denen sie darauf hinwiesen, daß sie seinerzeit gegen diese Resolution gestimmt bezw. sich der Stimme enthalten hätten. In dieser Resolution werden die Delegierten aufgefordert, eventuelle Abänderungswünsche zu dem britischen Konventionentwurf bis spätestens 20. April ds. Js. einzureichen.

Der britische Außenminister Sir John Simon richtete in seiner Schlussansprache einen direkten Appell an Deutschland, seinerseits einen Beitrag für den positiven Abschluß der Konferenz dadurch zu geben, daß die Voraussetzung des internationalen Vertrauens geschaffen wird. Er bezog sich auf die bekannte Aeußerung des Vorkonferenzpräsidenten Nadolny, der seinerzeit dargelegt hatte, daß Deutschland durch seine einseitige Entlassung von Waffen gegeben habe, daß die Gegenseitigkeit nun endlich erfolgen müsse.

Hierzu ist deutscherseits zu sagen, daß der Reichskanzler die deutsche Gesamtpolitik ausdrücklich als eine Politik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit gekennzeichnet hat und daß auch gegenüber den Ausführungen Simons der deutsche Standpunkt unverrückbar bleibt: Was Deutschland zu geben hatte, hat es gegeben und hat es in aufrichtiger Willen zu internationaler friedlicher Zusammenarbeit gegeben, aber jetzt ist es vorwiegend und in erster Linie Sache der anderen, Verständnis dafür zu zeigen, daß diese Zusammenarbeit ohne Erfüllung der von Vorkonferenzpräsident Nadolny erhobenen Forderung nicht geschehen kann.

Der deutsche Standpunkt zur Abrüstungsfrage.

Den deutschen Standpunkt legte der deutsche Delegationsführer Vorkonferenzpräsident Nadolny in einer sehr eindrucksvollen Rede dar. Nadolny begründete in warmen Worten die Initiative, die der britische Ministerpräsident entfaltet hat. Die britische Demarche bedeutet die Einleitung einer neuen Konferenzphase, und zwar der entscheidenden Phase der Konferenz. Nadolny erinnerte an das Wort MacDonaldis, daß Deutschland Gerechtigkeit und Freiheit gegeben werden müsse, wenn nicht Europa der Herrschaft anheimfallen sollte. Dies zeigte, erklärte der deutsche Vertreter, wie intensiv MacDonald die Probleme der Abrüstung und sie gerade unter dem Gesichtspunkt der verhängnisvollen Wirkung der durch die Friedensverträge herbeigeführten Unterschiede und Gegensätze durchgedacht habe.

In Ausführung dieses Gedankens führte der deutsche Vertreter dann wörtlich aus:

In der Tat ist sich wohl die ganze Welt darüber klar, daß der Grund für die heutige allgemeine Unsicherheit vor allem in der durch die Härten und Ungerechtigkeiten der Friedensverträge geschaffenen Lage zu suchen ist, und daß bei dieser Lage der Dauerzustand eines hohen Abrüstungsstandes auf der einen Seite und völliger Abrüstung auf der anderen Seite stark ins Gewicht fällt. Ich würde es sehr begrüßen, wenn auch bei anderen verantwortlichen Staatsmännern die Ansicht, daß ohne Gerechtigkeit und Freiheit für Deutschland und die anderen gleich ihm behandelten Staaten ein Wiederaufbau und eine Konsolidierung Europas unmöglich ist, immer mehr zu einem Grundgedanken ihrer Außenpolitik werden würde.

Vorkonferenzpräsident Nadolny ging sodann in sehr wirkungsvollen Ausführungen auf die Bemerkung MacDonaldis ein, Deutschland würde in eine falsche Position kommen, wenn es auf der Abrüstungskonferenz lediglich empfangen wolle. Unter grundsätzlicher Zustimmung zu dem Gedanken, daß derjenige, der empfangen will, auch geben muß, erklärte der deutsche Vertreter: Ich stimme Herrn MacDonald vollkom-

men bei. Aber hat Deutschland denn nicht auf dem Gebiete der Abrüstung bereits seinen Teil geleistet oder hat man vergessen, daß vor mehr als einem Jahrzehnt Deutschland seine Abrüstung vollzogen hat, die ausdrücklich als der erste Schritt für die allgemeine Abrüstung bestimmt war? Jetzt handelt es sich gerade darum, daß die anderen Staaten, die ihm diese Leistung diktiert und sie von ihm entgegengenommen haben, ihre ausdrücklich versprochene Gegenseitigkeit ausführen. Gerade von dem Standpunkt, den der englische Ministerpräsident eingenommen hat, können und müssen wir daher verlangen, daß nunmehr endlich die versprochene Gegenseitigkeit in Gestalt der Abrüstung der anderen Staaten erfolgt.

Vorkonferenzpräsident Nadolny wies dann weiter nach, daß Deutschland nicht nur auf dem Gebiete der Abrüstung vorgeleistet hat, sondern daß es an dem internationalen Werk der Organisierung des Friedens getan habe, nicht so aufgesetzt werden dürfen, als ob es dazu verpflichtet gewesen wäre, um erst noch die Voraussetzung für die Abrüstung der anderen zu schaffen. Die Voraussetzung für diese, erklärte Nadolny, war und ist längst durch die deutsche Abrüstung geschaffen. Deutschland habe, führte Vorkonferenzpräsident Nadolny weiter aus, die Forderung nach Durchführung der allgemeinen Abrüstung die Jahre hindurch und auf der Abrüstungskonferenz nicht nur deshalb erhoben, weil in Gestalt der deutschen Abrüstung bereits eine Vorleistung vollzogen und weil uns die allgemeine Abrüstung im Versailler Vertrag und im Artikel 8 der Völkerbundscharte zugesagt sei. Deutschland fordere ebenso wie der englische Premierminister die Abrüstung um des Friedens willen. Zur Verwirklichung dieses Grundgedankes stütze sich die deutsche Vertretung unter großer Aufmerksamkeit der ganzen Versammlung die folgende Stelle aus der Rede des Reichskanzlers Adolf Hitler im Reichstag.

„Das deutsche Volk will mit der Welt in Frieden leben. Die Reichsregierung wird aber gerade deshalb mit allen Mitteln für die endgültige Befestigung der Trennung der Völker der Erde in zwei Kategorien eintreten. Die Offenshaltung dieser Rinde führt den einen zum Mißtrauen den anderen zum Haß und damit zu einer allgemeinen Unsicherheit. Die nationale Regierung ist bereit, jedem Volk die Hand zu aufrichtiger Versöhnung zu reichen, das gewillt ist, die traurige Vergangenheit einmal grundsätzlich abzuschließen. Die Not der Welt kann nur vergehen, wenn durch stabile politische Verhältnisse die Grundlage geschaffen wird und wenn die Völker untereinander wieder Vertrauen gewinnen.“

Vorkonferenzpräsident Nadolny erklärte hierzu: Es gibt keine stärkere Dokumentierung unserer Absichten auf dieser Konferenz als diese Worte des Reichskanzlers.

In der Tat kann die durch die einseitige Entlassung Deutschlands und der anderen abgerüsteten Staaten und durch die immer wieder erfolgte Verlagerung der Abrüstung der anderen Staaten geschaffene allgemeine Atmosphäre der Unsicherheit nur dadurch beseitigt werden, daß nunmehr endlich die Konferenz die Abrüstung verallgemeinert und einen gerechten Ausgleich der Abrüstungen vornimmt. Es ist eine Unmöglichkeit, die Erfüllung der Forderung auf gleiche Sicherheit für alle Nationen von immer neuen vertraglichen Garantien abhängig zu machen. Es muß endlich ein Ende haben mit der Auffassung, als ob andere Staaten ein größeres Recht auf nationale Sicherheit besitzen als Deutschland, und als ob dieses sich nicht mehr mit der durch die einseitige Abrüstung geschaffenen Unsicherheit abzufinden, sondern als abgerüsteter Staat inmitten einer schwer bewaffneten Umwelt noch immer weitere Sicherheitsgarantien zu geben hätte. Was von dieser Konferenz zu beschließen ist, das ist also eine allgemeine erhebliche Abrüstungsreduktion und ein Abrüstungsausgleich auf Grund des jetzigen Standes der vertraglichen Sicherheit.

Wir sind dabei gern bereit, auch noch dem in englischen Entwurf vorgeschlagenen Ausbau des Kelloggpaktes zuzustimmen. Die Aufgabe dieser Konferenz ist die Durch-

führung der allgemeinen Abrüstung und der Gleichberechtigung aller hier vertretenen Staaten. Von diesen beiden Grundforderungen haben wir uns daher auch bei der Prüfung des englischen Planes leiten lassen.

Der deutsche Vertreter behandelte in seinen weiteren Ausführungen die militärtechnischen Teile des englischen Entwurfs summarisch. Er erkannte an, daß in dem englischen Entwurf positive Abrüstungsüberabstufungen vorgeschlagen werden, gab aber der Erwartung Ausdruck, daß es in den kommenden Verhandlungen möglich sein werde, auf allen Gebieten noch weitergehende Maßnahmen zur Abrüstungsreduktion zu erzielen, insbesondere auf dem Gebiete der Aufrüstungen.

Sehr eingehend beschäftigte sich nunmehr der deutsche Vertreter mit der Verwirklichung des Prinzips der Gleichberechtigung. Er betonte, daß Deutschland als gleichberechtigter Partner in das System der allgemeinen Abrüstung eingegliedert werden müsse, und daß das Abrüstungsverhältnis zwischen Deutschland und den anderen Staaten gemäß seinem Recht auf nationale Sicherheit und unter Berücksichtigung seiner geographischen Lage und seiner besonderen Verhältnisse in gleichem Umfang wie bei den anderen Staaten geregelt werden müsse. Aus den Bestimmungen des englischen Entwurfs und aus den Ausführungen des englischen Premierministers ergab sich, daß die Gleichberechtigung dieser Forderung nicht bestritten werde.

Hinsichtlich der Heeresstärke vertrat Vorkonferenzpräsident Nadolny in Uebereinstimmung mit einer großen Anzahl anderer Delegationen den Standpunkt, daß keinem Staat ein System auferlegt werden dürfe, das nicht den besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen des Landes entspreche. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die von ihm entwickelten Grundsätze in der Konvention verankert werden und erklärte abschließend dazu: Nachdem der Grundgedanke der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit als Axion der zu treffenden Regelung feststeht, handelt es sich lediglich darum, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wie trotzdem der Charakter eines Ueberganges zum Ausdruck gebracht werden kann, wird den Verhandlungen über die Einzelfragen vorbehalten werden können. Jedenfalls kündige ich hiermit gern an, daß wir den englischen Entwurf als eine gute und zweckmäßige Grundlage für die anzuschließende Konvention betrachten und uns zu seiner Diskussion bereit erklären.

Der deutsche Vertreter schloß mit den Worten: Ich hoffe, daß alle diejenigen, die für das Schicksal der Konferenz verantwortlich sind, nun endlich den Mut aufbringen, der notwendig ist, um das Abrüstungsproblem zu lösen und so den Weg des Friedens zu beschreiten, den Weg eines dauerhaften, gerechten Friedens unter freien Völkern.

Der Eindruck der Nadolny-Rede in Genf.

Genf. Die programmatischen Erklärungen des deutschen Abordnungsführers im Hauptauschluß der Abrüstungskonferenz werden in Konferenzkreisen übereinstimmend als die stärkste und deutlichste Vertretung der deutschen Abrüstungspolitik beurteilt.

In maßgebenden englischen Kreisen wird die grundsätzliche Zustimmung Nadolnys zum englischen Plan warm begrüßt. Allerdings wird hinzugefügt, daß die deutsche Erklärung durch die deutliche Hervorhebung der deutschen Forderungen die großen Schwierigkeiten der gesamten Abrüstungsfrage hell beleuchtet habe. Auf französischer Seite findet die Rede glatte Ablehnung und wird als völlig unannehmbar bezeichnet. Von italienischer Seite wird die deutsche Abordnung zu der heutigen Erklärung Nadolnys warm begrüßt. Große Beunruhigung haben die deutschen Ausführungen in polnischen Kreisen und bei den Vertretern der kleinen Entente ausgelöst.

Die Abrüstungskonferenz ist durch die große deutsche Erklärung nunmehr vor die Tatsache der unabwendbaren deutschen Forderungen gestellt worden, von denen unter keinen Umständen mehr abgewichen wird. Nadolnys Rede fand im Auschluß lebhaften Beifall.

Nadolny fährt nach Berlin.

Genf. Der Führer der deutschen Delegation auf der Abrüstungskonferenz, Vorkonferenzpräsident Nadolny, fährt heute Dienstag nach Berlin, um dem Reichskabinett über das bisherige Ergebnis der Abrüstungskonferenz Bericht zu erstatten.